

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 3

Rubrik: Das Dokument

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schen Regime und Solidarnosc zu treiben. Innenminister Kiszczak ist zu einem Befürworter des Dialogs geworden, und auf der Linie dieser Bemühung liegen solche Taten sicher nicht; ganz im Gegenteil.

Falls das eine Falle gewesen sein soll, hat sie insofern nicht funktioniert, als man sowohl von Regierungsseite wie auch von Gewerkschaftsseite die Sache hinunterspielte. Die Solidarnosc-Spitze mied sogar das Begräbnis der Opfer, um nur ja das Verbrechen nicht zu politisieren. Man kann das verstehen.

Eine andere Frage ist es, wie diese «kluge Zurückhaltung» von der polnischen Bevölkerung verstanden wird. Am Begräbnis von Niedzielak nahmen Delegationen der ober-schlesischen Bergleute teil, die Vertreter von KPN und PPN, Tausende von Schülern und Studenten, aber eben der am meisten erwartete Walesa nicht...

Der Dialog zwischen Regierung und Solidarnosc ist darauf angelegt, brennende Fragen der Nation zu beantworten. Aber man kann nicht übersehen, dass er auch einige Fragen aufwirft.

Bohdan Gorski und Christian Brügger

DAS DOKUMENT

Polen Ende 1988

In Nr. 22/1988 hatten wir ein Dokument der PPN, der Polnischen Unabhängigkeitspartei, veröffentlicht. Heute bringen wir vom gleichen anonym bleibenden Autor einen weiteren Bericht. Die PPN ist nach wie vor eine Untergrundpartei und ist beim neuen Dialog zwischen Regierung und Solidarnosc nicht direkt dabei, wiewohl sie vom Verhandlungsgegenstand «Pluralismus» natürlich betroffen sein kann. Das im folgenden Text zum Ausdruck kommende Misstrauen gegenüber der Solidarnosc (vor Gesprächsbeginn) ist für einen Teil der polnischen Opposition wohl symptomatisch und muss zur Kenntnis genommen werden. Die kursiv gesetzten Klammerbemerkungen im nachstehenden Text sind von der Zeitbild-Redaktion.

Die Schwierigkeiten dauern fort. Früher behaupteten die Machthaber in Polen, sie könnten nicht weiter liberalisieren, weil die Sowjets dagegen seien. Nach der Perestrojka in der Sowjetunion glaubte ihnen das keiner

mehr. So mussten die Betonköpfe in der Partei – Olszowski, Szalajada und andere – schuld sein. Nun sind auch diese eliminiert, und jetzt soll der mittlere Apparat die Reformen blockieren. Wer ist das? Das sind die Parteiorganisationen in den Wojewodschaften und die Parteisekretäre in den Betrieben.

Deren Vertreter im Sejm haben den Versuch Rakowskis blockiert, der den Direktoren mehr Verantwortung und Macht übertragen und ihnen damit die Arbeiter ausliefern wollte. Das hätte zu Unruhen geführt, die sich zu Ungunsten des mittleren Apparates ausgewirkt hätten.

Anders verhält es sich mit Liberalisierung und Gewerkschaftspluralismus. Es ist unzutreffend, wenn die Machthaber behaupten, das werde von den Wojewodschafts- und Betriebssekretären blockiert. Diese Leute wissen genau, dass Walesa und die Solidarnosc nicht mehr das sind, was sie einstmals waren, dass sie nur noch etwa 30 Prozent der Opposition repräsentieren, dass sie ferner verhandlungsbereit sind und das sozialistische System akzeptieren. Der sogenannte «Brief der 39 Sekretäre» gegen die Gespräche mit der Opposition ist möglicherweise eine Fälschung von Czyrek, der damit eine «Begründung» zum Abbruch des Dialogs schaffen wollte. Die Liberalisierung wird, wie die Diskussion im ZK gezeigt hat, im Machtzentrum blockiert; die Genossen dort wissen genau, dass ein Arrangement mit der Opposition und die Einführung von Pluralismus (*unterdessen im Gange*) einer Dezentralisierung der Macht gleichkäme und die Willkürherrschaft an der Spitze begrenzen würde. Diese Leute wollen aber ihr Machtmonopol behaupten, und das lassen sie sich auch mit noch so grossen westlichen Krediten nicht «abkaufen».

Im Ziel sind sich die Machthaber einig; Meinungsunterschiede bestehen nur in der Methode. Rakowski hält die Opposition für so schwach, dass man sie nicht zu beachten brauche. Kiszczak wiederum, der Innenminister, will den Scheindialog, eine Stabilisierung der Lage durch Einbezug der Opposition in die Regierung. Rakowski will demgegenüber höchstens ausgesuchte einzelne Oppositionelle in Beratungsorganen mitwirken lassen.

Inzwischen geht der Zerfall im Zwangsapparat weiter. In der Miliz (*Polizei*) trat die Korruption zutage mit der Verhaftung einer Reihe von Offizieren wegen Bestechlichkeit; zwei davon begingen Selbstmord. Die ZOMO (*motorisierte Spezialeinheiten der Polizei, zur Unterdrückung von Strassenunruhen und Streiks eingesetzt*), deren Rolle bei der Verhängung des Kriegszustandes (1981) noch in aller Erinnerung ist, wurde unzuverlässig; so haben (*im Herbst 1988*) ZOMO-Verbände in Schlesien sich geweigert, gegen Arbeiter vorzugehen.

In der Armee nimmt die Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen zu. Zudem

haben die nationalistischen und zugleich zentrifugalen Kräfte in der Sowjetunion den polnischen Militärs bewusst gemacht, dass das Imperium nicht ewig bestehen wird und dass es wenig Sinn hat, es zu verteidigen.

Die Kirche hat ihre Stellung etwas klarer gemacht und bezeichnet insbesondere den Gewerkschaftspluralismus als notwendig. Damit ist für Walesa, Giermek und Mazowiecki das Minimalziel für Verhandlungen gesetzt.

Frau Thatcher hat mit ihrem Besuch in Danzig damals Walesa in einer Phase aufgewertet, in welcher er in Polen selbst an Popularität verloren hatte und die Unabhängigkeitsbewegungen bereits zu einer deutlichen Alternative zur Solidarnosc geworden waren. Der Westen hofft vergeblich, dass die Gespräche am «runden Tisch» zu einem Pluralismus in Polen führen. Gleichwohl ist es schade, dass es (*bis Ende 1987*) nicht zu diesen Gesprächen gekommen ist. Sie hätten endlich sichtbar gemacht, wer was will, wer die UdSSR und den Sozialismus will und wer die Unabhängigkeit. (*Dieser Wunsch der PPN geht ab 6. Februar in Erfüllung, denn dann kommt es zum Test der Gespräche am «runden Tisch», und dann wird man auch sehen, ob Walesa und die Solidarnosc wirklich nur den Sozialismus und die UdSSR wollen oder nicht vielmehr von diesen gegebenen Faktoren ausgehen, um die Realität zu verändern.*)

Der Westen glaubt immer, die Machthaber in der Volksrepublik Polen wollten, dass es im Lande besser gehe. Wer so denkt, vergisst, dass es sich bei diesen Machthabern um Repräsentanten einer fremden Macht handelt, nicht gewählt, sondern dem Lande von aussen aufgezwungen. Diese fremde Macht denkt nur an die Erfordernisse des Imperiums, und das ist die Ursache des Elends in Polen. Das Volk, dem das deutlicher bewusst wird als der linksgewerkschaftlichen Opposition (*gemeint ist die Solidarnosc*) und der Emigration, gelangt zu einem neuen Bewusstsein, dahingehend, dass das Elend in Polen eine Folge der Abhängigkeit von der UdSSR ist. Das zeigte sich deutlich bei den Manifestationen zum 70. Jahrestag der Unabhängigkeit. Die Machthaber versuchten ihrerseits, daraus Nutzen zu ziehen, indem sie ihre Konzessionen an den Patriotismus des Volkes so weit trieben, dass sie selbst Pilsudski aus der politischen Versenkung holten und zu Ehren kommen liessen, unter anderem mit einer silbernen Gedenkmünze zum Nominalwert von 50 000 Zloty.

Früher verkündete die Partei, der Sozialismus sei die Zukunft der Welt; heute bezeichnet sie ihn bescheiden als historische Notwendigkeit. Die «Trybuna Ludu» widmet eine ganze Reihe von Artikeln den Strömungen in der polnischen Opposition, bis hin zur Unabhängigkeitsbewegung. Wann werden auch Brzezinski (*USA*) und Nowak (*München*) merken, dass diese Bewegungen ihre Aufmerksamkeit verdienen?